
II. Internationale Fachtagung

»Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden –



Die Praxis im europäischen Rechtsraum«

Bonn, 10.-12. Dezember 2010

AZADI
FREIHEIT

III. Europäische Kriminalisierungspolitik

3. EU-Terrorliste

3. Appell »Europäische Juristinnen und Juristen fordern: Streichung der PKK von EU-Terrorliste«

Unterschriftenkampagne gegen die »Terrorliste« – Argumente und mögliche Entwicklungen

Mahmut Şakar, MAF-DAD

Eine Politik, die sich über die Begriffe »Terror« und »Terrorismus« konstruiert, beinhaltet eigentlich Gewalt und reproduziert diese Gewalt systematisch und ständig. Nicht nur, dass dieser rechtlich problematisch ist, sie repräsentiert eigentlich einen verdeckten Kriegs- und Angriffszustand gegen die Völker.

Wenn wir aus dem Blickwinkel des kurdischen Volkes schauen, das täglich mit den Resultaten dieser Politik leben muss, werden einige Themen klarer und gewinnen an Bedeutung.

Seit den 1980-er Jahren wurde die Haltung gegenüber emanzipatorischen Forderungen der Kurden stets über den Begriff »Terror« definiert. Dies ist das einzige Thema, bei dem die türkische Republik in den letzten 35 Jahren den Kurden gegenüber konsequent und beharrlich geblieben ist. Von der Staatsspitze bis zu den Soldaten im Dorf und den Repräsentanten der Verwaltung verwendet jeder diesen Begriff für die kurdische Frage. Die türkische Presse behandelt jeden Vorgang im Zusammenhang mit den Kurden, sei es eine politische Frage oder ein Kriminalfall, unter diesem Aspekt. Durch aggressive und niveaulose Sprache hat sie dazu beigetragen, den Begriff in die breite Masse zu tragen. Natürlich ist dies nicht nur eine Frage von Presse und Bildungssystem. Der Staat selbst hat durch die Verpflichtung zur Verwendung dieser Begriffe auf allen Ebenen sie quasi per Verwaltungsakt verbreitet und etabliert. Nach und nach wurden die Begriffe »Kurde« und »Terror« nahezu synonym. In der Türkei bedeutet »Terror« nicht nur »PKK«, der Begriff wird viel breiter verwendet und umfasst gleichzeitig alle die Kurden betreffenden demokratischen Forderungen, die Personen und Institutionen, die sie vorbringen, und alle Personen, die außerhalb der offiziellen Ideologie schreiben und reden.

Mit der Zeit etablierte sich Begriff auf der Straße, am Arbeitsplatz, in den Schulen, zu Hause, kurz: er fand Eingang in die Alltagssprache. Er sickerte in die Codes ein, mit denen Türken Kurden erniedrigen und erlangte die Kraft, zivile Gewalttätigkeiten bis hin zu Lynchmobs gegen Kurden hervorzubringen.

Viele demokratische Persönlichkeiten der Türkei wurden Opfer der Tatsache, dass sie diese Sprache nicht verwendeten. So wurde der Begriff zu einem Instrument, um auch alle demokratischen und oppositionellen Kreise außerhalb der Kurden mit Repression zu überziehen. Und natürlich war das Ergebnis, dass alle Freiheiten, von der Meinungs- und Redefreiheit bis hin zur Organisationsfreiheit, beschnitten oder aufgehoben wurden.

Der Begriff des Terrors ist eine Quelle, aus der täglich neu Gewalt und Hass gegen Kurden,

Rassismus, Erniedrigung und Distanzierung hervorgehen. Eine weitere Vertiefung ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, nur soviel: Als in der Vergangenheit Dörfer niedergebrannt wurden, Kurdische Intellektuelle, Journalisten und Politiker auf offener Straße mit Genickschuss getötet wurden, diente zur Rechtfertigung all dessen die Beziehungen der Opfer zum »Terror«. Dieser Begriff wurde nicht nur in der Innenpolitik der türkischen Republik, sondern gleichzeitig genauso in der Diplomatie und den Handelsbeziehungen als zentraler Begriff beharrlich verwendet.

Die wirkungsvollste Politik jedoch, die auf den Terrorbegriff aufgebaut wurde, begann als Echo der globalen Politik Anfang der 2000-er Jahre. Dass ein Konstrukt, dass die Türkei ohnehin seit langem verwendete, auf einmal von USA und EU als grundlegende Politik akzeptiert wurde, brachte ein noch rücksichtsloseres und aggressiveres Beharren auf dieser Politik mit sich. Insbesondere durch die »Terrorliste« bekam die türkische Republik ein äußerst wichtiges Argument in die Hand, nach dem sie in ihrer hundertjährigen Politik von Verleugnung und Vernichtung immer gesucht hatte.

Die Aufnahme der kurdischen Politik in die Terrorliste erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die demokratische Politik ihre Hauptachse bildete, sie den bewaffneten Kampf als wichtigstes Instrument aufgegeben hatte und das Selbstbestimmungsrecht in den Grenzen der Türkei aber unter Wahrung der eigenen Besonderheiten und im Rahmen von rechtlicher Gleichheit und Freiheit definierte. Diese Facette der Politik von USA und EU führte dazu, dass die Chance auf die Entwicklung eines Friedensprozesses in der Türkei verspielt wurde, weil einerseits die kurdische Politik auf die Liste gesetzt wurde und andererseits den Kreisen, die keine Lösung wollen, die Möglichkeit zum Angriff gegeben wurde.

Heute kann der türkische Staat mit dem Terrorbegriff und der EU-Terrorliste im Rücken diese zur Grundlage für einen derart großflächigen Angriff machen, dass der gesamte Bereich ziviler Politik ausgehebelt wird. Genauso wird eine Politik begründet, die kurdische Kinder monate- und jahrelang in Gefängnissen verrotten lässt. Diese Situation führt natürlich dazu, dass die Repression gegen das kurdische Volk weiter steigt; gleichzeitig verstellt sie mögliche Lösungswege und behindert die Entwicklung friedlicher Politik. Die Angelegenheit besitzt auch eine ethische Dimension. Wir müssen auch betonen, dass es ungerecht und geradezu obszön ist, den Widerstand eines Volkes, dessen Land zwischen vier Staaten aufgeteilt und dessen Sprache verboten ist, als Terror zu bezeichnen.

In diesem Saal wurden einige Ansichten zum juristischen Kampf gegen die Terrorliste vorgetragen. Bekanntlich ist die politische Haltung genauso wichtig wie der juristische Kampf. In diesem Sinne bestand im letzten Jahr Konsens, den Vorschlag unserer italienischen Kollegen aufzugreifen und eine Unterschriftenkampagne zu starten. Nach der Konferenz wurde daran gearbeitet.

Der Kampagnentext, den unsere italienischen Kollegen verfassten, wurde den TeilnehmerInnen der Konferenz zugesandt und um Feedback gebeten, doch es gab nur wenige Rückmeldungen. Unter Berücksichtigung der eingetroffenen Reaktionen redigierten MAF-DAD und AZADÎ den Text.

Dieser Text wurde dann VDJ und ELDH übermittelt. Thomas Schmidt brachte den Text dankenswerterweise in eine juristisch ansprechendere Form, erweiterte ihn. Daraufhin wurde er an andere Vereine und Organisationen weitergeleitet.

Ich muss hier gestehen, dass es bei der Fertigstellung des Textes zu Verzögerungen gekommen ist, die zunächst wir zu verantworten haben. Das möchte ich vor allen TeilnehmerInnen erklären.

Die organisierenden Vereinigungen kamen überein, die Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz zu informieren und so die Kampagne zu starten. Am 19. Oktober 2010 erfolgte in Brüssel diese

Pressekonferenz unter Beteiligung der MAF-DAD-Vorsitzenden Heike Geisweid, des italienischen Anwalts Mario Agnelelli, Thomas Schmidt als Vertreter von ELDH, Jan Fermon und Pierre Robert.

Wir möchten hier auch einige Vorschläge zum weiteren Vorgehen mit der Kampagne unterbreiten. Außer den Institutionen, welche als Erstunterzeichnerinnen fungieren, können weitere Vereine und Verbände unterzeichnen, dafür sind wir offen. Wir finden es jedoch wichtiger, dass Juristinnen und Juristen den Aufruf individuell unterzeichnen. Damit können wir hier und heute beginnen. Dies ist aus zwei Gründen von Bedeutung: Der Einspruch möglichst breiter juristischer Kreise gegen die Schöpfer eines juristischen und politischen Undings wie der »Terrorliste« – also gegen den Rat der Europäischen Union – ist von größter Wichtigkeit. Außerdem wird eine gesellschaftliche Sensibilität dadurch geschaffen, dass Kurden sich über diese Kampagne an alle ihnen bekannte JuristInnen wenden, sie informieren und so dieses für sie wichtige Thema auf deren Tagesordnung bringen. Im weiteren Verlauf der Kampagne können auch Podiumsdiskussionen und Seminare veranstaltet werden. Ebenfalls sind weitere Publikationen möglich.

Zuletzt möchten wir, vorbehaltlich einer eventuellen späteren Neubewertung der Lage, die Kampagne im Mai 2011 beenden und durch einige Repräsentanten sie den zuständigen Stellen übergeben. Natürlich soll hierüber auch die Presse informiert werden.

Diese Einschätzungen und Vorschläge möchten wir hiermit den Anwesenden unterbreiten.